



Steigende Preise bedrohen Bildungsangebote!

Die Arbeit der gemeinnützigen Bildungsträger muss gesichert werden

Arbeit und Leben ist mit rund 550 Beschäftigten in den 14 Landesorganisationen und ca. 120 regionalen und örtlichen Organisationen einer der großen Träger der gemeinnützigen Weiterbildung in Deutschland. Mit Programmen, Projekten und Maßnahmen in den Bereichen der politischen, sozialen sowie betrieblichen und beruflichen Bildung setzen wir Bildungsangebote um.

Wir erreichen mit unseren Angeboten insbesondere diejenigen, die bislang wenig an Weiterbildung teilhaben können. Ohne eine starke Weiterbildungslandschaft sind die vielfältigen gesellschaftlichen Herausforderungen nicht zu bewältigen. Die Arbeit und Expertise der Träger der allgemeinen und öffentlich verantworteten Weiterbildung werden in Zukunft noch stärker gebraucht, denn wir tragen dazu bei, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern.

Das Zusammentreffen der unterschiedlichen Krisen hat massive Auswirkungen auf die gemeinnützige Weiterbildung und damit auch auf Arbeit und Leben.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Energiekrise in Folge des Kriegs in der Ukraine, und die damit verbundene rasant ansteigende Inflation, stellen auch die gemeinnützigen Träger der Weiterbildung vor große Herausforderungen. Die Beschäftigten sowie die frei- und nebenberuflichen Dozent*innen im Bildungsbereich haben ein Recht auf eine angemessene Bezahlung und leiden unter den gestiegenen Preisen.

Bildungsträger müssen mit steigenden Kosten kalkulieren. Die Einnahmen durch Zuwendungen und Projektförderungen sind bislang nicht erhöht worden. Damit sind Qualität und Quantität von Bildungsangeboten massiv bedroht. Gerade in Zeiten, in denen gesellschaftlicher Zusammenhalt umso wichtiger ist, droht damit ein Fundament unserer Gesellschaft zu erodieren.

Mit dem Erhalt eines Status Quo ist es nicht getan: Um zukunftsfähig zu bleiben, sind Investitionen erforderlich. Um mit den Entwicklungen z.B. der Digitalisierung mithalten zu können, muss in Technikausstattung und Medienkompetenzen investiert werden. Dies ist entscheidend, um Zukunftskompetenzen bei den Bürger*innen aufzubauen.

Bund, Ländern und Kommunen sind in der Pflicht, die Bildungsträger in dieser Situation zu unterstützen und ausreichend zu finanzieren. Konkret fordern wir:

- Es ist ein Ausgleich für die extrem steigende Kosten erforderlich. Insbesondere bei mehrtägigen Bildungsmaßnahmen droht die Weitergabe der Kosten an die Teilnehmenden. Das erschwert die Teilnahme insbesondere für einkommensschwächere Zielgruppen. Wir benötigen dringend eine Erhöhung der Fördersätze, insbesondere für Unterkunft und Verpflegung sowie der Honorare in den Förderprogrammen des Bundes und der Länder.



- Die Fördersätze für Personalkosten in den Projekten und Förderprogrammen im Bund und in den Ländern müssen erhöht werden.
- Allgemeine Weiterbildung muss für Träger finanzierbar und für Teilnehmende bezahlbar bleiben. Eine Umsatzsteuerpflicht führt zu einer Verteuerung der Weiterbildung und senkt die Teilnahmebereitschaft. Die Umsatzsteuerbefreiung für die allgemeine Weiterbildung muss deshalb erhalten und rechtlich abgesichert werden.
- Zukunft gestalten, heißt Digitalisierung stärken! Die allgemeine Weiterbildung muss integraler Bestandteil der digitalen Weiterbildungsstrategie des Bundes sein.
- Alle kurz- und mittelfristigen staatlichen Unterstützungs- und Investitionsprogramme entlang der Bildungskette müssen die allgemeine Weiterbildung einbeziehen.
- Die Weiterbildung trägt zur Fachkräftesicherung und zum Zusammenhalt in der demokratischen Gesellschaft bei. Beides ist heute wichtiger denn je. Alle Ebenen müssen eine für die Teilnehmer*innen finanzierbare und für die Träger auskömmliche allgemeine Weiterbildung sicherstellen!

Die wichtigen Entlastungspakete binden große finanzielle Ressourcen. Diese Finanzierung darf nicht zu Lasten von Bildung und Bildungsorganisationen gehen. Statt finanziellen Kürzungen brauchen wir Aufwüchse und Planungssicherheit.

Wir fordern die Politik in Bund, Ländern und in den Kommunen dazu auf, uns in dieser Krise zu unterstützen!

[Beschluss Mitgliederversammlung Arbeit und Leben am 11.11.2022]

Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V.

Robertstraße 5a

42107 Wuppertal

T 0202 97404-0

bildung@arbeitundleben.de

www.arbeitundleben.de

Elke Hannack

Präsidentin Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben

Jan Krüger

1. Vorsitzender

Michael Kempmann

2. Vorsitzender